

Wilfried Marxer: «Nach vier Jahren Sparen hätte das Verdikt gegen die Regierungsparteien sicher auch stärker ausfallen können»

Interview Die Wählerbindungen schwinden auch hierzulande. Unter Umständen könnte der Abwärtstrend für die Grossparteien aber ein Ende haben, meint Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Herr Marxer, gibt es in Ihren Augen einen Wahlsieger?

Wilfried Marxer: Theoretisch alle, denn drei Parteien haben stimmenmässig zugelegt, DU sogar ein Mandat gewonnen. Die FBP hat zwar Stimmen verloren, aber ist weiterhin die stärkste Partei und stellt auch künftig den Regierungschef. Verloren hat dennoch eine Partei, nämlich die VU. Sie hat nach dem herben Rückschlag von 2013 nicht in erhofftem Mass Stimmen zurückgewinnen können. Euphorie herrscht jedoch auch bei den anderen Parteien nicht. Die FBP ist vor allem froh, dass sie nicht von der VU überholt wurde, die DU hätte sicher gerne ein Resultat jenseits der 20-Prozent-Marke gesehen, die FL ist zwar nahe am historischen Höchststand von 2005 gelandet, stösst aber auch nach 30 Jahren Existenz an eine Grenze ihres Wachstums und ist weit entfernt von einer Regierungsbeteiligung.

DU und FL haben erneut zugenommen - müssen sich die Grossparteien auf einen längerfristigen Abwärtstrend einstellen?

Mitteparteien und breit aufgestellte Volksparteien bekunden in vielen Staaten Mühe, ihre ehemals dominierende Stellung aufrechtzuerhalten. Die Wählerbindungen schwinden und es wirkt sich daher für Volksparteien negativ aus, dass sie etwas profillos wirken. FBP und VU sind von je etwa 50 Prozent Wähleranteil auf inzwischen rund 35 Prozent geschrumpft. Es ist denkbar, dass der Abwärtstrend auf diesem Niveau zum Stillstand kommt. Das hängt aber auch von den anderen Parteien ab, vielleicht gibt es in Zukunft noch zusätzliche Parteienkonkurrenz. Der Kuchen, der zu verteilen ist, beträgt aber immer nur 100 Prozent.

Anders als 2013 haben die Oppositionsparteien vergleichsweise schwach zugelegt. Ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung trotz schwieriger Massnahmen mit der Regierungsarbeit zufrieden ist? Die beiden Regierungsparteien kommen zusammen auf einen Stimmen-

anteil von 68,9 Prozent. Das ist ja nicht so übel, obwohl dies ein Rückgang von 4,6 Prozent ist, der auf die Kappe der FBP geht. Nach vier Jahren Sparen und Belastungen für breite Schichten, Sanierungsmassnahmen für die Pensionskasse und die Post, einer FAK-Abstimmung, in der 82,4 Prozent entgegen der Empfehlung der Regierungsparteien votiert haben, der OKP-Auseinandersetzung mitten im Wahlkampf etc. hätte das Verdikt gegen die Regierungsparteien sicher auch stärker ausfallen können. So wie es auf den ersten Blick scheint, besteht in breiten Kreisen doch Verständnis für die Arbeit der Regierung. Genaueres werden wir aber



«Verloren hat eine Partei, die VU. Euphorie herrscht jedoch auch bei den anderen nicht.»

WILFRIED MARXER
LIECHTENSTEIN-INSTITUT

erst nach der Auswertung der Nachwahlbefragung wissen.

Wie verhält sich das Abstimmungsverhalten im Vergleich zu früheren Wahlen: Wird mehr panaschiert?

Detailliert habe ich dies in der kurzen Zeit noch nicht analysiert. In Summe sind aber 2013 56 Prozent aller Stimmzettel verändert worden, 2017 waren es mit 59 Prozent etwas mehr. Dafür ist vor allem die FBP-Wählerschaft zuständig. Der Anteil

der veränderten FBP-Stimmzettel ist von 56 auf über 64 Prozent gestiegen. Bei den anderen Parteien blieb der Anteil veränderter Stimmzettel dagegen ziemlich konstant.

Wer hat diesbezüglich wem die meisten Stimmen «gestohlen»?

Nach meiner provisorischen Berechnung wurden weniger als zehn Prozent aller Stimmen an andere Parteien verschenkt. Hochgerechnet auf alle Stimmzettel sind dies im Durchschnitt etwas mehr als eine Stimme pro Stimmzettel. Wenn man nur die veränderten Stimmzettel berücksichtigt, sind dies rund zwei «verschenkte» Stimmen pro verändertem Stimmzettel. Die Transfers zwischen den Parteien gleichen sich zum Grossteil aus. Am negativsten wirkt es sich für die FL aus. Mit jedem veränderten Stimmzettel gingen rund vier Stimmen verloren. Der Rückgewinn von anderen Parteien war deutlich geringer.

Verloren haben vor allem die Frauen. Reicht ein Frauenanteil von zwölf Prozent im Landtag, um die Interessen der weiblichen Bevölkerung angemessen zu vertreten?

Nicht nur betreffend der Frauen stellt sich die Frage, ob der Landtag einen repräsentativen Querschnitt des Volkes darstellt. Niemand im Landtag ist jünger als 30 Jahre, nur vier sind jünger als 40. Das Wählersegment der unter 40-jährigen beträgt aber mehr

als 30 Prozent. Es sind auch nicht alle sozialen Schichten gleichrangig vertreten. Aber zurück zum Frauenanteil: Ein Rückgang auf zwölf Prozent ist aus meiner Sicht sehr bedauerlich und es ist denkbar, dass die Perspektive von Frauen dadurch zu wenig stark im Landtag und den Fraktionen eingebracht wird. Der Landtag wurde aber in freien und geheimen Wahlen bei einer Stimmbeteiligung von 77,8 Prozent gewählt und ist somit in seiner Zusammensetzung, so wie er ist, legitimiert.

Es fällt den Parteien schon bei der Rekrutierung schwer, Frauen aufzustellen. Inwiefern wäre eine Frauenquote im Parlament vor diesem Hintergrund überhaupt sinnvoll?

Eine Frauenquote könnte die Wahlchancen von Frauen massgeblich verbessern und insofern mitunter motivierend wirken. Bei den diesjährigen Wahlen haben etwas mehr als 40 Prozent der Männer erfolgreich kandidiert. Bei den Frauen liegt der Anteil bei knapp 17 Prozent. Fünf von sechs Frauen scheiterten, das wirkt nicht sehr motivierend, vor allem im Hinblick auf kommende Wahlen. 2005 lag die Wahlchance der Frauen noch bei 32 Prozent. Das war der Spitzenwert. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1984 lag der Anteil erfolgreich kandidierender Frauen bei den folgenden Wahlen teilweise sogar unter 10 Prozent.